

## ALLGEMEINES

**Deutscher Engagementpreis 2013.** 23 Mio. Menschen setzen sich in Deutschland freiwillig und unentgeltlich für das Gemeinwohl ein und ermöglichen damit zahlreiche soziale Projekte. Der Deutsche Engagementpreis würdigt das freiwillige Engagement von Personen, Organisationen und Unternehmen. Bis zum 12. Juni sind alle Bürgerinnen und Bürger eingeladen, Vorschläge einzureichen. Der Preis wird in den Kategorien Gemeinnütziger Dritter Sektor, Politik und Verwaltung, Einzelperson, Wirtschaft und in der diesjährigen Schwerpunktkategorie „Gemeinsam wirken – mit Kooperationen Brücken bauen“ verliehen. Im Oktober stehen in einer Online-Abstimmung 15 Finalisten für den mit 10 000 Euro dotierten Publikumspreis zur Wahl. Träger des Deutschen Engagementpreises ist das Bündnis für Gemeinnützigkeit, dessen Beirat auch das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen angehört. Der Deutsche Engagementpreis wird vom Bundesfamilienministerium und dem Generali Zukunftsfonds gefördert. Informationen zum Wettbewerb sind im Internet unter der URL [www.deutscher-engagementpreis.de](http://www.deutscher-engagementpreis.de) abrufbar. *Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Engagementpreises vom 28.2.2013*

**Urban Governance und Stadttrendite: Chancen für die kommunale Wohnungspolitik.** Hrsg. Jürgen Hartwig und Dirk Willem Kroneberg. Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. Berlin 2012, 91 S., EUR 14,80 \*DZI-E-0402\* Auf Initiative des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge und des Zentrums für public management fand im März 2012 im Rahmen des 17. Europäischen Verwaltungskongresses eine Fachtagung zum Thema „Governance und Wohnungspolitik“ statt. Die in dieser Broschüre dokumentierten Beiträge befassen sich ausgehend von Praxisbeispielen mit Handlungsnotwendigkeiten auf kommunaler und staatlicher Ebene, mit dem Wert von Wohnungsbaugesellschaften und mit aktuellen Formen der Netzwerkbildung im Stadt- und Quartiersmanagement. Darüber hinaus wird ein Ausbildungsgang für Stadtentwicklung in den Niederlanden vorgestellt, ergänzt durch Ausführungen von drei Repräsentanten der Wohnungswirtschaft und der Sozialwirtschaft. Die Publikation wendet sich an Fachkräfte der Sozialpolitik, des Wohnungswesens und der Sozialwirtschaft. Bestellschrift: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-502, Internet: [www.deutscher-verein.de](http://www.deutscher-verein.de)

**EU-Projekt zu sozialen Dienstleistungen.** Das vom Diakoniewissenschaftlichen Institut der Universität Heidelberg koordinierte Verbundprojekt der Europäischen Union „Social Platform on Innovative Social Services“ (InnoServ) befasst sich mit dem Anliegen, die Erfassung und Bewertung europäischer Ansätze im Bereich der so-

zialen Dienstleistungen weiterzuentwickeln. Im Rahmen des seit Februar 2012 laufenden und auf zwei Jahre angelegten Forschungsvorhabens, an dem wissenschaftliche Einrichtungen aus neun europäischen Ländern teilnehmen, sollen durch eine Verknüpfung von Theorie, Empirie und Praxis neue Perspektiven für innovative Angebote entstehen. Die weitere Untersuchung umfasst eine Analyse von 167 Initiativen aus den Feldern Gesundheit, Bildung und Sorgetätigkeit, aus denen 20 Musterbeispiele für Videoaufzeichnungen ausgewählt wurden, um auf der Grundlage des erwarteten Feedbacks Impulse für die Gestaltung sozialer Dienstleistungen und für die Konzipierung von Forschungsprogrammen zu deren Planung, Bereitstellung und Evaluation zu gewinnen. Nähere Informationen können im Internet unter der URL [www.inno-serv.eu](http://www.inno-serv.eu) abgerufen werden. *Quelle: Newsletter der INNOSERV – Social Platform on Innovative Social Services vom Dezember 2012*

## SOZIALES

**Sozialausschuss stimmt Bildungs- und Teilhabepaket zu.** Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat sich mehrheitlich für einen Gesetzentwurf des Bundesrates zum sogenannten Bildungs- und Teilhabepaket im Zweiten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB II) ausgesprochen. Infolge der Umsetzung eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 2010 ist mit dem Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung der SGB II und XII zum 1. Januar 2011 das Bildungs- und Teilhabegesetz eingeführt worden. Doch die Erfahrungen der Praxis der vergangenen zwei Jahre hätten gezeigt, dass die derzeitigen Regelungen an einigen Punkten zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand führen und die Inanspruchnahme ungewollt erschweren, heißt es in der Vorlage. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie der SPD- und Grünenfraktion votierte der Ausschuss für diese Initiative. Die Linksfraktion enthielt sich der Stimme. *Quelle: hib vom 20.2.2013*

**Ältere gestalten Integration.** Symposium in der Körber-Stiftung. Hrsg. Körber-Stiftung. Selbstverlag. Hamburg 2012, 36 S., kostenlos \*DZI-E-0349\* Im Rahmen eines Kooperationsprojekts der Universität Heidelberg und der Körber-Stiftung zu den Potenzialen des Alters fand im November 2011 ein Symposium in Hamburg statt, bei dem die Ressourcen älterer Menschen mit Migrationshintergrund im Mittelpunkt standen. Die von internationalen Fachkräften vorgestellten und in diesem Tagungsband dokumentierten Good-Practice-Beispiele aus Schweden, Schottland, den Niederlanden und den USA eröffnen einen Einblick in die Möglichkeiten der aktiven gesellschaftlichen Partizipation älterer Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Darüber hinaus finden sich hier auch einige deutsche Praxisbeispiele und die in Diskussionen und Workshops erarbeiteten Handlungsempfehlungen für eine Verbesserung der Integra-

tion. Bestellschrift: Körbe-Stiftung, Potenziale des Alters, Gräpelweg 8, 21029 Hamburg, Tel.: 040/72 57 02-12, Internet: [www.koerber-stiftung.de](http://www.koerber-stiftung.de)

**Preis Soziale Stadt 2012.** Mit dem seit dem Jahr 2000 zweijährlich ausgeschriebenen Wettbewerb „Soziale Stadt“ werden Projekte ausgezeichnet, die sich meist ehrenamtlich für die Verbesserung urbaner Wohn- und Lebensbedingungen engagieren. Bei der aktuellen Preisverleihung, die im Januar dieses Jahres in Berlin stattfand, erhielten von den 171 eingereichten Beiträgen zehn Initiativen einen Preis und zehn weitere eine Anerkennung. Prämiert wurden Aktivitäten aus Berlin, Darmstadt, Köln, Leipzig, München, Nürnberg und Wittenau mit Zielen wie der Förderung von Integration, Bildung und Kultur, der Stärkung der lokalen Ökonomie und der Unterstützung unterprivilegierter Menschen in städtischen Quartieren. Ausführliche Informationen sind im Internet unter der URL <http://www.staedtetag.de/presse/ausdenstaedten/index.html> erhältlich. *Quelle: Städtetag aktuell 2.2013*

## GESUNDHEIT

**Evaluationsstudie zur Telefonberatung für Pflegende.** Im Rahmen des vom Bundesgesundheitsministerium geförderten Projekts Tele.TanDem untersuchten Forscherinnen der Universitäten Hildesheim und Jena die Wirksamkeit telefonischer psychologischer Unterstützung für die häusliche Pflege demenzkranker Menschen. Über 100 Angehörige wurden drei Monate lang in insgesamt jeweils sieben Gesprächen betreut und berichteten anschließend über eine Verbesserung der Lebensqualität und eine erhöhte Fähigkeit zur Problembewältigung. Der Beratungszeitraum wurde in der bis Mai 2015 laufenden Nachfolgestudie Tele.TanDem.Transfer auf sechs Monate verlängert. Die Schwerpunkte liegen hier auf einem Vergleich persönlicher und telefonischer Unterstützung und auf der Frage, wie das betreffende Angebot im Gesundheitssystem verankert werden kann. Wer an der Studie teilnehmen möchte, findet im Internet unter <http://www.uni-hildesheim.de/index.php?id=5562#c28438> weitere Informationen. *Quelle: Die BKK 02.2013*

**Ferdinand Blumenthal.** Kämpfer für eine fortschrittliche Krebsmedizin und Krebsfürsorge. Von Harro Jenss und Peter Reinicke. Hentrich & Hentrich Verlag. Berlin 2012, 78 S., EUR 8,90 \*DZI-E-0493\* Dieser Band widmet sich der Biographie des Onkologen Ferdinand Blumenthal (1870-1941), der im Rahmen seiner wissenschaftlichen Tätigkeit an der Berliner Charité wertvolle Impulse für die Fortentwicklung der experimentellen Krebsforschung setzte. Beschrieben werden sein familiärer Hintergrund, sein Studium und die Ausbildung zum Internisten, seine fachlichen Verdienste sowie sein Einsatz für die psychosoziale Betreuung krebskranker

**4.6.2013 Luzern.** Fachtagung: Soziale Nachhaltigkeit in der Regionalentwicklung – Gleichstellung als Strategie. Information: Hochschule Luzern, FB Soziale Arbeit, Werftestrasse 1, CH-6002 Luzern, Internet: [http://www.hslu.ch/sozialarbeit/s-veranstaltungen.htm?ve\\_id=5277](http://www.hslu.ch/sozialarbeit/s-veranstaltungen.htm?ve_id=5277)

**5.-7.6.2013 Berlin.** Hauptstadtkongress 2013 Medizin und Gesundheit, mit deutschem Pflegekongress. Information: Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit, Palisadenstraße 48, 10243 Berlin, Tel.: 030/49 85 50-0, E-Mail: [info@hauptstadtkongress.de](mailto:info@hauptstadtkongress.de)

**7.-8.6.2013 Heidenheim.** Fachtagung. Sprache – Bewegung und Kulturen: Bunte Vielfalt! Information: Peter Sauber Agentur Messen und Kongresse GmbH, Frau Stefanie Kilian, Tel.: 07 11/65 69 60-59, E-Mail: [stefanie.kilian@messe-sauber.de](mailto:stefanie.kilian@messe-sauber.de)

**10.-12.6.2013 Heidelberg.** 26. Heidelberger Kongress des Fachverbandes Sucht e.V.: Der Mensch im Mittelpunkt – Was bedeutet dies für die Suchtbehandlung? Information: Fachverband Sucht e.V., Walramstraße 3, 53175 Bonn, Tel.: 02 28/26 15 55, E-Mail: [u.reingen@sucht.de](mailto:u.reingen@sucht.de)

**10.-12.6.2013 Hofgeismar.** Seminar der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ): Psychische Auffälligkeiten junger Menschen und Jugenddelinquenz – Herausforderungen für Sozialarbeit. Information: DVJJ, Frau Marion Tschertner, Lützerodestraße 9, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/348 36-42, E-Mail: [tschertner@dvjj.de](mailto:tschertner@dvjj.de)

**13.-14.6.2013 Magdeburg.** 8. Kongress der Sozialwirtschaft: Beschäftigung innovativ gestalten. Information: Kongress der Sozialwirtschaft, Postfach 87 03 29, 13162 Berlin, Tel.: 030/55 87 46 30, E-Mail: [org@sozkon.de](mailto:org@sozkon.de)

**17.-18.6.2013 Hannover.** Aktuelle Entwicklungen der europäischen Sozialpolitik. Information: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Frau Dorette Nickel, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-211, E-Mail: [nickel@deutscher-verein.de](mailto:nickel@deutscher-verein.de)

**17.-18.6.2013 Münster.** E-Government Fachtagung MEMO: Methoden und Werkzeuge zur Verwaltungsmodernisierung. Information: Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Tagungsbüro Memo, Leonardo-Campus 3, 48149 Münster, Tel.: 02 51/833 80 84, E-Mail: [info@memo-tagung.de](mailto:info@memo-tagung.de)

**17.-19.6.2013 New York/USA.** Global Health and Well-Being – the social work response. Information: New York University, Silver School of Social Work, Stephanie Kaplan, Conference Coordinator, 1 Washington Square North, New York, NY 10003-6654, Tel.: 001-212-998-5897, E-Mail: [stephanie.kaplan@nyu.edu](mailto:stephanie.kaplan@nyu.edu)

Menschen und die Flucht vor der nationalsozialistischen Verfolgung über Wien, Serbien und Albanien nach Estland, wo er bei einem deutschen Luftangriff auf das von der damaligen Sowjetunion annektierte Gebiet sein Leben verlor. Bestellanschrift: Henrich & Henrich Verlag Berlin, Wilhelmstraße 118, 10963 Berlin, Tel.: 030/ 60 92 38 65, Internet: [www.henrichhenrich.de](http://www.henrichhenrich.de)

**VdK spricht sich für Änderungen in der Pflegeversicherung aus.** Angesichts der weiten Verbreitung von Demenzerkrankungen tritt der Sozialverband VdK dafür ein, die Interessen der betroffenen Menschen zu stärken. Sinnvoll sei es zunächst, die offizielle Definition der Pflegebedürftigkeit auf die Belange kognitiv beeinträchtigter Menschen auszuweiten und die Angebotspalette für diese Zielgruppe zu erweitern. Darüber hinaus bedürfe es einer grundlegenden Reform der Pflegeversicherung, wobei neben einer Erhöhung des Beitragsatzes um etwa 0,3 % ein Risikostrukturausgleich zwischen privater und gesetzlicher Krankenversicherung denkbar sei. Da 70 % der Personen mit einer Demenz im häuslichen Umfeld versorgt würden, müsse man zudem die pflegenden Angehörigen besser unterstützen. Der VdK denkt hierbei an eine Anhebung der Rentenanprüche und an eine Vereinbarkeit von Pflege und Beruf nach dem Beispiel der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Kindererziehung. *Quelle: Pressemitteilung des VdK vom 27.2.2013*

**Gemeinsam oder getrennt?** Zur Rechtspraxis der außerfamiliären Unterbringung von Geschwisterkindern in Deutschland. Von Gabriele Bindel-Kögel. Hrsg. SOS-Kinderdorf e.V. Selbstverlag. München 2011, 114 S., EUR 12,50 \*DZI-E-0389\*

Um das Wissen über Geschwisterkinder und die Bedeutung von deren Beziehungen für die Hilfeplanung zu erweitern, widmete der SOS-Kinderdorf e.V. diesem Thema einen eigenen Forschungsschwerpunkt. Dieser Band dokumentiert die Ergebnisse einer Studie der Technischen Universität Berlin, die auf Grundlage einer Sekundäranalyse vorhandener statistischer Daten, einer bundesweiten Online-Befragung von 614 Jugendämtern und explorativen Interviews mit acht Familienrichterinnen und Familienrichtern durchgeführt wurde. Die Untersuchung umfasst die Kooperation mit den Eltern, die Inobhutnahme bei Kindeswohlgefährdung sowie Umfang und Qualität einiger Unterbringungsmöglichkeiten. Darüber hinaus finden sich hier Informationen zu entsprechenden familiengerichtlichen Verfahren nach § 1666, 1666 a Bürgerliches Gesetzbuch. Als Fazit ist festzuhalten, dass die Angebotsstrukturen der stationären Erziehungshilfe nur wenig auf die gemeinsame Aufnahme mehrerer Geschwister ausgerichtet sind. Bestellanschrift: SOS-Kinderdorf e.V., Sozialpädagogisches Institut (SPI), Renatastraße 77, 80639 München, Tel.: 089/126 06-432, Internet: [www.sos-fachportal.de](http://www.sos-fachportal.de)

168

## JUGEND UND FAMILIE

**Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“.** 40 % aller Frauen in Deutschland sind schon einmal Opfer von körperlicher oder sexueller Gewalt geworden. 25 % haben mindestens einmal in ihrem Leben körperliche oder sexuelle Gewalt durch ihren Lebenspartner erlitten. 13 % wurden Opfer von sexueller Gewalt. Obwohl eine Mehrzahl der Frauen weiß, dass es Beratungs- und Hilfsangebote für sie gibt, nehmen diese nur wenige in Anspruch. An dieser Stelle setzt das neue, bundesweit erreichbare Hilfetelefon mit seinem Angebot an. Unter der kostenlosen Telefonnummer 08000 116 016 ist das Hilfetelefon ab sofort durchgehend erreichbar. Kompetente Ansprechpartnerinnen stehen betroffenen Frauen bei allen Fragen zur Seite. Auf Wunsch werden Hilfesuchende an Unterstützungseinrichtungen vor Ort weitervermittelt. Das Hilfetelefon berät zu allen Formen von Gewalt gegen Frauen. Neben den betroffenen Frauen können sich auch Angehörige, Freunde und andere Menschen aus dem sozialen Umfeld sowie Fachkräfte an das Hilfetelefon wenden. Auf der Internetseite [www.hilfetelefon.de](http://www.hilfetelefon.de) können Frauen auch über eine gesicherte, anonyme und barrierefreie Online-Verbindung Kontakt zu den Beraterinnen aufnehmen. Über die Website gibt es auch einen Zugang zu einer Gebärdendolmetschung. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 6.3.2013*

## AUSBILDUNG UND BERUF

**Forderung nach fairen Arbeitsmarktchancen für Menschen mit Behinderung.** In einer öffentlichen Anhörung des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales mahnten Expertinnen und Experten im Februar dieses Jahres an, die beruflichen Perspektiven von Menschen mit einem Handicap zu verbessern. Die Regierung schlägt vor, die empirischen Daten zu differenzieren, um auf dieser Grundlage passgenaue Strategien zu entwickeln. Die SPD setzt sich dafür ein, die Ausgleichsabgabe zu erhöhen und die Fördermöglichkeiten im Rahmen klein- und mittelständischer Unternehmen auszuweiten, während Die Linke für eine nachhaltigere Implementierung von Barrierefreiheit, Beratung und Vermittlung plädiert. Nach Auffassung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber bedarf es vorab einer Evaluation bestehender Förderansätze, um festzustellen, ob neue Maßnahmen dienlich sind. Seitens des Sozialverbandes VdK wurde die Empfehlung ausgesprochen, das Neunte Buch des Sozialgesetzbuches im Sinne der internationalen UN-Behindertenkonvention zu ändern. *Quelle: hfb vom 25.2.2013*